

## ***Deutschland wieder in Ordnung bringen!***

### ***Mitglieder-Antrag der Basis der CDU und der CSU***

#### ***Grundgesetz achten! – Rechtsstaat wiederherstellen! – Chaos und Rechtlosigkeit stoppen!***

Deutschland erlebt nun seit Wochen einen völlig unkontrollierten Zustrom von Migranten, der im Durchschnitt täglich 10.000 Personen erreicht. Seit Anfang September 2015 sind schätzungsweise über 400.000 Personen allein nach Bayern eingereist. Die dadurch ausgelösten chaotischen Verhältnisse in den bayerischen Grenzregionen, in den Asyleinrichtungen und die für jedermann erkennbare faktische Unmöglichkeit zur Unterbringung weiterer Zuwanderer führen unseren Rechtsstaat, die Kommunen sowie Polizei und Hilfsorganisationen an den Rand des Zusammenbruchs.

Als Mitglieder der CDU und der CSU fordern wir von der Führung unserer Parteien daher eine sofortige und grundlegende Wende in der Ausländer- und Asylpolitik zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher und verfassungskonformer Zustände.

#### **Wir fordern:**

##### **1. Illegale Zuwanderung sofort stoppen!**

Allen aus einem sicheren Drittstaat wie Österreich einreisenden Ausländern, die nicht über die erforderlichen Pass- oder Visa-Dokumente verfügen, muss die Einreise nach Deutschland gemäß Art. 16 a Abs. 2 des Grundgesetzes verweigert werden. Ein Staat, der die Hoheit über seine eigenen Staatsgrenzen aufgibt, hat aufgehört ein souveräner Rechtsstaat zu sein!

##### **2. Abgelehnte Asylbewerber nicht integrieren, sondern Gesetze vollziehen!**

Alle illegalen Einwanderer, die sich nicht auf einen Asylgrund oder eine Verfolgung nach der Genfer Flüchtlingskonvention berufen können, müssen Deutschland so schnell wie möglich wieder verlassen.

##### **3. Neue Gesetze zur Zuwanderungsbegrenzung!**

Wir brauchen kein Einwanderungsgesetz, sondern ganz im Gegenteil, gesetzliche Verbesserungen zur Begrenzung der Zuwanderung. Dazu gehört der automatische Verlust des Bleibe- und Asylstatus für rechtskräftig verurteilte Straftäter, eine wirksame Unterbindung des Familiennachzugs und eine konsequente Weiterverfolgung des Vorschlags des Bayerischen Staatsministers Dr. Markus Söder zur Änderung des Grundgesetzes mit weiteren Einschränkungen des Asylrechts.